Skepsis in NRW gegen Linke

SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen haben zurückhaltend auf die Koalitionssignale der Linken auf dem Parteitag reagiert.

KÖLN/MÜNCHEN. Die Äußerungen der Linken seien Zwischensignale, „die ich nicht kommentiere. Entscheidend ist der Tag der Verhandlung“, sagte die Vorsitzende der NRW-SPD, Hannelore Kraft. SPD-Chef Sigmar Gabriel kritisierte das Nein der FDP zu einer Ampel scharf. Die Vorsitzende der nordrhein-westfälischen Grünen, Sylvia Löhrmann, reagierte ebenfalls skeptisch auf die Aussagen der Linken. Für sie komme es auf die Gespräche in der nächsten Woche an. „Entscheidend ist neben Inhalten auch die Verlässlichkeit der Linkspartei im Parlament“, sagte Löhrmann. Auf dem Parteitag hatte der scheidende Linke-Vorsitzende Oskar Lafontaine die Bereitschaft seiner Partei für eine Regierungskoalition in Nordrhein-Westfalen bekräftigt.

Wegen des schwarz-gelben Wahldebakels in Nordrhein-Westfalen ist in der bayerischen Staatsregierung ein Koalitionskrach ausgebrochen. Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer machte die FDP für den Machtverlust der christlich-liberalen Regierung in NRW verantwortlich. Mit der durch FDP-Chef Westerwelle begonnenen „Sozialstaatsdebatte“ habe man dem linken Spektrum einen Gefallen getan. AFP/ddp

LOTTO-TOTO

Lotto am Samstag
5 – 10 – 11 – 35 – 36 – 41
Zusatzzahl: 7
Superzahl: 5

„Spiel 77“
1 – 6 – 7 – 2 – 4 – 6 – 2

Zusatzlotterie „Super 6“
5 – 3 – 2 – 5 – 8 – 4

Auswahlwette 6 aus 45
12 - 13 - 16 - 20 - 32 - 38
Zusatzspiel: 33

Dreizehnerwette
2 - 1 - 1 - 1- 2 - 2 - 2 -1 - 2 - 1 - 1 - 0 - 0

Wochenzhg. Glücksspirale
10 €: 6; 20 €: 58; 50 €: 549; 500 €: 2850; 5000 €: 51 847; 100 000 €: 787 197, 554 212
Prämien zu je 7500 €: 5 909 406, 3 067 606

ARD-Fernsehlotterie

3 576 269	Mercedes A 160
0 545 546	Mercedes B 160
9 231 911	Wellness-Reise
1 258 041	1 Woche Tirol
4 746 937	100 000 €

Süddeutsche Klassenlotterie

1 000 000 €:	0 040 134
100 000 €:	0 546 862,
1 117 225,	2 018 895,
2 195 985,	2 479 950
50 000 €:	0 261 802,
0 435 136,	1 297 050,
1 856 887,	2 363 422
25 000 €:	0 875 749,
1 003 725,	1 792 417,
2 188 488,	2 305 156
1000 €:	3510, 6011, 7508, 8998
200 €:	99

Tele-Bingo/Vier Ecken
B1-10-12-13-15
I20-21-25-26-29
N32-35-37-38-42
G48-49-50-54-57-59-60
O63-65-69-71-72

Das Kreuz
I19-27-**G**51-52

Rahmen
B6-7-**I**16-28-**N**34-40-41
G58-**O**64

Full House
B2-3-11-14-**I**30-**N**44-**O**67

Aktion Mensch

Geldgewinne:	3 317 414
Traumhäuser:	9 943 041
Zusatzgehalt:	4 114 828

Rente – ein Leben lang: 0 894 327, 9 658 675

Keno
2 - 4 - 5 - 6 - 11 - 18 - 23 - 27 - 35 - 36 - 38 - 47 - 49 - 51 - 52 - 54 - 55 - 59 - 66 - 67

plus-5-Gewinnzahl: 0 6 5 5 1

(Angaben ohne Garantie)

„Wir sprechen die Nichtwähler an“

Im TA-Gespräch: Angelika Beer, Spitzenpolitikerin der Piratenpartei, über neue Ziele nach dem Bundesparteitag

1,5 Prozent hat die Piratenpartei bei der Landtagswahl in NRW erreicht. Sind Sie mit dem Ergebnis zufrieden?

Insgeheim hatten wir uns um die 3 Prozent erhofft. Allerdings befinden sich die Strukturen der Piratenpartei gerade in Nordrhein-Westfalen noch im Aufbau. Außerdem hat der Zweikampf zwischen Jürgen Rüttgers und Hannelore Kraft politische Inhalte überlagert. Deshalb sind 1,5 Prozent ein Erfolg.

Halten Sie den Einzug in ein Landesparlament in naher Zukunft für realistisch?

Durchaus. Wir sind eine junge Partei mit enormem Mitgliederzuwachs. Beim Bundesparteitag wurde am Wochenende über 135 Anträge abgestimmt. Das zeigt, dass wir viel mehr sein werden als ein Sammelbecken für Computerfreaks. Wir wollen uns auch für den Abzug aus Afghanistan, ein Engagement gegen Rechts oder Atomkraft-Alternativen stark machen.

Je größer das Spektrum, desto ähnlicher werden die Piraten den etablierten Parteien.

Wenn das so wäre, würden wir uns selbst überflüssig machen. Wir wollen, dass sich bei uns die Masse der Nichtwähler wiederfindet. Diejenigen, die sich von der Politik enttäuscht abgewandt haben. Deshalb fallen bei den Piraten alle Entscheidungen basisdemokratisch. Was uns trennt von den anderen ist deren Beliebigkeit auf dem Weg zur Machtbeteiligung und das Durchdrücken von Entscheidungen von oben nach unten.

Angelika Beer (52), ehemalige Bundesvorsitzende der Grünen, will nun mit der Piratenpartei in die deutschen Parlamente einziehen.

In Thüringen haben Sie mit den Grünen aber ein Kooperationsbündnis geschlossen.

Warum nicht? Meine Kritik gilt lediglich den Bundesgrünen. In den Ländern und auf EU-Ebene kann die Kooperation durchaus Sinn machen.

Streben Sie als ehemalige Grünen-Vorsitzende jetzt auch bei den Piraten nach hohen politischen Ämtern?

Nein, mein derzeitiges internationales Engagement als Vorsitzende des Parlamentarischen Netzwerks für Konflikt-Prävention wäre mit der Übernahme eines verantwortungsvollen Amtes in der Piratenpartei nicht gut vereinbar.

Gespräch: Gottfried Mahling

TA-Karikatur: Bernd Zeller

Fast alle gegen die Kanzlerin

Die Union streitet sich weiter über die Steuerpolitik und erneut um die Laufzeiten der Atomkraftwerke

Aus den Ländern häufen sich die Angriffe auf CDU-Chefin Angela Merkel. Dabei nutzt manch Regierungschef im Atomstreit den Umweg über den Bundesumweltminister.

Von Martin Debes

ERFURT/BERLIN. In ihrem ersten halben Jahr im Amt war von der Thüringer Regierungschefin wenig in Berlin zu hören. Nur einmal, als die Union über die Atomkraftwerke stritt, stellte sich Lieberknecht auf die Seite von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU), der Laufzeitverlängerungen in Frage gestellt hatte.

Das dies kein Ausrutscher war, bewies die Ministerpräsidentin gestern. „Eine Mogelpackung“ sei das, wenn der baden-württembergische Regierungschef Stefan Mappus (CDU) vorschlage, die Atomlaufzeiten auch ohne Zustimmung des Bundesrats zu ändern. Die Gesetzesnovelle betreffe die Länder, deshalb müssten sie auch gefragt werden, sagte Lieberknecht der „Thüringer Allgemeine“. Längere Laufzeiten für AKW müssten maßvoll erfolgen. Die Atomkraft sei „keine Zukunftstechnologie“.

Zuvor hatte dagegen Mappus zum Thema Bundesrat erklärt: „Wir haben ihn nicht zum Beschluss des Gesetzes gebraucht, also brauchen wir ihn auch nicht zur Änderung dieses Gesetzes.“ Merkel scheint diese Linie inzwischen auch zu verfolgen. Ihr Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU) sagte der WAZ-Mediengruppe, man werde ein „zustimmungsfreies Gesetz“ erarbeiten, so wie es vor Jahren Rot-Grün getan habe.

Hinter dem Atom-Streit stehen aber vor allem strategische Interessen. Um Mappus hat sich ein Gruppe konservativer Politiker gebildet, zu der auch der Thüringer CDU-Fraktionschef Mike Mohring gehört.

Ihr Angriffsziel heißt Merkel. Der neue Stuttgarter Regierungschef, der sich schon in zehn Monaten zur Landtagswahl stellen muss, nahm dabei den Weg über Röttgen. „Was der Bundesumweltminister in den letzten Monaten abgeliefert hat“, sagte er, „würde sicherlich auch die Note befriedigend nicht erfüllen.“ Denn es sei nicht das, „was wir vor der Wahl zugesagt haben“.

NETT: Mappus beim Karneval. Er kann auch anders.

Mappus sprang auch dem hessischen CDU-Ministerpräsidenten in dessen Streit um Steuererhöhungen bei. Er bezweifelte wie Roland Koch, dass der im sogenannten Bildungspakt vorgesehene Zeitrahmen eingehalten werden könne. Es sei in Ordnung, dass Koch Sparvorschläge mache.

Zuvor hatten auch Bayerns Regierungschef Horst Seehofer (CSU) und Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) das Ziel in Frage gestellt, bis 2015 die Ausgaben für Bildung und Forschung auf zehn Prozent der Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Mohring hatte dazu gegenüber TA darauf verwiesen, dass der Bund auch dafür zahlen müsse, wenn er etwas fordere.

Merkel versuchte am Wochenende mit einem Machtwort die Debatte zu beenden. Es bleibe bei den gefassten Beschlüssen, auch bei jenem zum Ausbau der Kindergärten. Doch Koch legte nach. „Gespart werden muss auch hier“, erklärte er. „So schwer es fällt, wir werden das Ziel für Bildung verschieben müssen.“ Sowieso seien Steuererhöhungen nur dann zu vermeiden, „wenn wir die staatlichen Ausgaben entsprechend den Vorgaben der Schuldenbremse senken“.

Der Bildungsgipfel von Bund und Ländern, auf dem die alten Beschlüsse bekräftigt werden sollen, ist für den 10. Juni terminiert. Bis dahin werden die Angriffe, die von den Unions-Ministerpräsidenten verabredet wurden, nicht aufhören.

Nur die einzige Ministerpräsidentin macht da nicht mit.

Merkel lehnt Finanztransaktionssteuer ab

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer konnte Kanzlerin Merkel mit der Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer nicht überzeugen. Sie sähe davon die Unternehmen betroffen, sagte sie beim DGB-Kongress in Berlin. Der CSU-Chef Host Seehofer und der FDP-Politiker Jürgen Kubicki schließen sich der DGB-Forderung an.

BERLIN. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich gegen eine Finanztransaktionssteuer ausgesprochen. Bei der Eröffnung des DGB-Bundeskongresses in Berlin betonte sie gestern, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) vielmehr eine Finanzaktivitätssteuer, also eine Besteuerung der Boni, Gehälter und Gewinne von Banken, befürworte. Eine Finanztransaktionssteuer hingegen würde auch die Unternehmen treffen, warnte sie.

DGB-Chef Michael Sommer hatte nachdrücklich eine solche Steuer gefordert. „Unsere Geduld gegenüber Gier und Geiz ist am Ende“, sagte er. Diejenigen, die gegen Griechenland spekulierten, würden früher oder später auch Spanien, Portugal, Irrland, Italien und schließlich auch Deutschland ins Visier nehmen. Freiwillige Selbstverpflichtungen wie die geplante Bankenabgabe seien „keine vernünftige Alternative“. Merkel verteidigte diese Abgabe, betonte allerdings: „Die Bankenabgabe ist richtig, sie sollte aber nicht das einzige Instrument sein.“ Uneinigkeit herrschte auch beim Thema Schuldenbremse. Sommer geißelte das Instrument zur Konsolidierung der Haushalte als „völlig unsinnig“ und forderte eine Überprüfung. Merkel plädierte für die Beibehaltung.

Im Zusammenhang mit dem Euro-Rettungspaket macht sich inzwischen auch der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer für eine Finanzmarkttransaktionssteuer stark. Ebenso setzt sich Schleswig-Holsteins FDP-Fraktionschef Jürgen Kubicki entgegen der Parteilinie für eine Besteuerung von Finanztransaktionen ein. Den Widerstand innerhalb seiner Partei könne er nicht nachvollziehen. Die FDP lehnt die Steuer ab. ddp/apn

An den Pranger gestellt

Nach einem Internetaufruf protestierten dutzende Menschen gegen einen Sexualstraftäter

In Gera wird ein Sexualstraftäter bloßgestellt, der nach seiner Verurteilung in einer Plattenbausiedlung wohnt. Rechte Gruppierungen entdecken das Thema für sich.

Von Kai Mudra

GERA. Das Wetter ist nasskalt, die Szene gespenstisch. Am Rande einer Geraer Plattenbausiedlung versammeln sich mehrere Dutzend junge Menschen. Einige Frauen tragen kleine Kinder auf dem Arm. Viele Männer stecken in Klamotten, die auch in der Neonaziszene beliebt sind.

Polizisten sichern die Zufahrtsstraßen, kontrollieren die Anreisenden. Harmlos war per Internet eine Mahnwache für Samstag angekündigt worden, gegen einen „verurteilten Kinderschänder“, wie es auf einer Seite der rechtsextremen Szene heißt.

Ein Missbrauchsopfer kommt zu Wort und eine Mutter, deren Tochter misshandelt wurde. Sie wollen die Menschen warnen, sagen sie. Sprechen von „trauriger Realität“ und davon, dass „solche Subjekte“ immer noch frei herumlaufen.

Ganz so, als würde sexueller Missbrauch akzeptiert, als gebe es gegen den Mann, der Ziel des Auflaufs ist, kein Urteil.

„Todesstrafe für Kinderschänder“ prangt auf den Rücken einiger Demonstranten. Eine beliebte Losung der Rechtsextremen: dumpf und populistisch. Die Konsequenz wäre eine radikale Strafverschärfung, der Abschied vom Rechtssystem, das auf die Chance der Resozialisierung setzt und darauf, jede Tat einzeln zu verurteilen.

Missbrauchsopfer sehen das womöglich anders. Ihr Trauma verfolgt sie oft ein Leben lang.

Die Justiz kann das Geschehene nicht wieder gut machen. Sie soll Täter angemessen bestrafen. Ist die Schuld abgegolten, kommt der Verurteilte wieder frei, gilt er als ungefährlich.

Wieso stehen die Demonstranten nicht vor dem Gericht in Gera, an dem das Urteil gesprochen wurde? Was gibt ihnen die Gewissheit, dass der Mann sich ein neues Opfer sucht? Ihre Mahnwache gerät zum Rufmord.

Die Aktion ist auch deshalb besorgniserregend, weil sie den gesellschaftlichen Konsens unterläuft, dass unabhängige Gerichte über Straftäter urteilen.

Wer will denn ohne diese Unabhängigkeit noch garantieren, dass populistische Gruppierungen radikale Strafen nur für Kinderschänder fordern. In harten Zeiten könnten politisch anders Denkende oder Andersgläubige genauso betroffen sein.

KURZ & KNAPP

GENESUNG. Der seit einer Woche erkrankte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble will heute wieder seine Amtsgeschäfte aufnehmen und nach Brüssel zu einem Treffen der Euro-Gruppe reisen.

UNTERSTÜTZUNG. Die Bundeswehr in Nordafghanistan bekommt nach Angaben von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg demnächst massiv Luftunterstützung durch über 40 US-Kampfhubschrauber.

BOMBENDROHUNG. Nach einer anonymen Bombendrohung mussten 2500 Besucher eines Tattoo-Festivals auf der Messe Chemnitz am Samstag vorübergehend das Festivalgelände verlassen.

KAMPFHUND. Ein freilaufender aggressiver Kampfhund ist in Bremen von der Polizei auf offener Straße erschossen worden.

GERETTET. Ein neunjähriges Mädchen ist in Ohr (Niedersachsen) aus einem zehn Meter tiefen Brunnen, in den es beim Spielen gefallen war, gerettet worden.

BURKA. Unmittelbar vor der Islamkonferenz hat die Integrationsbeauftragte der Regierung, Maria Böhmer, eine Debatte über ein Burka-Verbot wie in Frankreich und Belgien abgelehnt.

ROLLSTUHLFAHRER. Auf dem Weg nach Hause ist ein Rollstuhlfahrer in Frankfurt am Main auf die Autobahn A 661 gefahren.

BANDENKRIEG. Mitglieder der Rockerbande „Hells Angels“ aus Mannheim haben in Lorsch (Kreis Bergstraße) Anhänger eines anderen Motorradclubs bedroht.

PERSONALIE

Günter Nooke (51), Afrikabeauftragter der Bundesregierung, gilt als aussichtsreicher Kandidat für die Leitung der Stasi-Unterlagenbehörde. Hier endet 2011 die Amtszeit von Marianne Birthler. Nooke (CDU) kommt aus der DDR-Bürgerrechtsbewegung.

Thüringer Allgemeine
Generalanzeiger für Thüringen
21. Jahrgang
Gottstedter Landstraße 6; 99092 Erfurt
Tel. (0361) 22 74; Fax (0361) 227 51 44
E-Mail: redaktion@thueringer-allgemeine.de
Chefredaktion: (0361) 227 51 01
Chefredakteur: Paul-Josef Raue
Stellvertreter: Dirk Löhr
Chef v. Dienst: Axel Eger 227 51 51
Mirko Krüger 227 51 51
Politik: Axel Fick 227 51 19
Wirtschaft: Dietmar Grosser 227 51 70
Thüringen: Antje-M. Lochthofen 227 51 04
Landesredaktion: Martin Debes 227 51 40
Feuilleton: Sigurd Schwager 227 51 60
Beilage: Hanno Müller 227 51 10
Unterhaltung: Ingo Glase 227 51 13
Sport: Gerald Müller 227 51 91
Bildredaktion 227 51 83
Red.-Technik: Doris Mielisch 227 51 50
Dokument.: Dorothee Schipke 227 51 85
TA Berlin: Wolfgang Suckert 030/284 614 20
Lokalausgaben: Apolda, Arnstadt, Artern, Bad Langensalza, Eisenach, Erfurt, Gotha, Heiligenstadt, Ilmenau, Mühlhausen, Nordhausen, Sömmerda, Sondershausen, Weimar, Worbis.
Die THÜRINGER ALLGEMEINE erscheint mit TV-Magazin „rtv“ und Wochenendbeilage „Thüringen zum Sonntag“.
Die Redaktion behält sich das Recht vor, Zuschriften zu kürzen. Leserbriefe sind keine redaktionelle Meinungsäußerung.
Der Verlag übernimmt für unverlangt eingesandte Manuskripte, Unterlagen und Fotos keine Gewähr.
Anzeigen und Vertrieb: ZEITUNGSGRUPPE THÜRINGEN GmbH & Co. KG Gottstedter Landstraße 6, 99092 Erfurt; Telefon (0361) 2274; Fax (0361) 2275007; E-Mail: geschaeftsfuehrung@zgt.de; Geschäftsführer: Dr. Martin Jaschke (Sprecher), Klaus Schrotthofer, Ulrich Hölscher.
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Gauß, Lutz Schulz; Anzeigenpreisliste Nr. 22 (gültig ab 1.1.2010); Service-Telefon Anzeigenaufnahme 01802 / 11 13 15 (6 Cent/Anruf).
Fax für Anzeigen (0361) 2275235.
E-Mail Anzeigen anzeigenzentrale@zgt.de.
Hauptvertriebsleitung: Eberhard Heinze, Andreas Hohmann.
E-Mail für Vertrieb: zustellservice@zgt.de.
Erfüllungsort und Gerichtsstand für das Mahnverfahren ist Erfurt. Anzeigen und Beilagen politischen Aussage-Inhalts stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar.
Verlag: THÜRINGER ALLGEMEINE Verlag GmbH & Co. KG, Gottstedter Landstraße 6, 99092 Erfurt; (0361) 227 50 22; Fax (0361) 227 51 44; Geschäftsführer: Dr. Martin Jaschke, Klaus Schrotthofer, Ulrich Hölscher.
Druck: TA-Druckhaus GmbH & Co. KG, Gottstedter Landstraße 6, 99092 Erfurt; Telefon (0361) 227 50 40.
Zur Herstellung der THÜRINGER ALLGEMEINE wird Recycling-Papier verwendet.